



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROFESSOR DR. KARL SCHILLER

Der Bundesminister für Wirtschaft

7. MAI 1968



Es ist für mich immer ein besonderer Augenblick, wenn ich hier in Hamburg sprechen darf: viele alte Gesichter und sicherlich viele neue Ideen hier in diesem Kreise. Manch einer von Ihnen wird denken: Der Bundeswirtschaftsminister hat sich schon viel zu lange da in Bonn mit den internen Problemen der Konjunktur- und Strukturpolitik herumgeschlagen: Es wird höchste Zeit, daß er sich wieder einmal den klärenden, würzigen Wind von Außenhandel und Seeschiffahrt hier in Hamburg um die Nase wehen läßt. Und in der Tat, es war ja auch so, daß wir uns mit jenen allgemeinen konjunktur- und strukturpolitischen Aufgaben in Bonn haben ablagen müssen.

Probleme der außenwirtschaftlichen Überschußposition

Aber ich möchte doch zugleich betonen: Bei der konjunkturpolitischen Anstrengung, die wir in diesen 17 Monaten gemacht haben, ging und geht es doch auch darum, nicht etwa allein die heimische Investitionsbereitschaft anzuregen und die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder zu erhöhen, sondern es ging und geht auch darum, durch Steigerung der Inlandsnachfrage eine Wiederbelebung unserer Importe zu erreichen. Denn wir alle wissen doch: Unsere außenwirtschaftliche Überschußposition war doch auch zu einem erheblichen Teil ein Kind unserer eigenen Rezession. Unsere Überschüsse sind stets die Defizite anderer Länder, was, glaube ich, manchmal bei uns vergessen wird.

Damit will ich gleich mit einer Sache sozusagen mit der Tür in den Alsterpark hineinfallen und sie ansprechen, weil sie hier in Hamburg immer ein neuralgischer Punkt ist. Wir hatten und haben jene Überschussposition. Und ich sage es ganz deutlich: Wechselkurs, politische Operationen auf unserer Seite hätten da in den letzten 17 Monaten überhaupt nichts genutzt. Im Gegenteil, sie hätten die Konjunktur noch mehr gedämpft oder die Talsohle vertieft. Ich will auch gleich etwas pro futuro sagen, damit in dieser Beziehung hier gar nicht erst die leiseste Regung von Unbehagen aufkommt: Auch für die Zukunft und für die Zeit unseres sich nun entfaltenden Aufschwungs vermag ich beim besten Willen keinen internationalen Preiseffekt zu erkennen, der uns veranlassen könnte, irgendwie von unserer, von mir eben beschriebenen währungspolitischen Linie abzuweichen. Ich freue mich sehr, festzustellen, daß ich dieses delikate Thema deutlich genug angesprochen habe und daß das hier entsprechend gewürdigt wurde.

Diese Zusammenhänge zwischen einer Wirtschaftspolitik, die auf Stabilität und Wachstum gerichtet ist, und der außenwirtschaftlichen Entwicklung sind also ziemlich klar; ich habe sie eben angedeutet. Aber darüber hinaus erscheint es mir gerade in diesen Frühjahrswochen 1968, in dieser Aufschwungsphase angebracht, daß wir uns ein paar Gedanken machen über die veränderte Position der deutschen Wirtschaft in der Welt und über unsere neuen Aufgaben und Möglichkeiten in dieser veränderten Welt.

Veränderte Position der deutschen Wirtschaft

In den letzten beiden Jahren – das kann man wohl sagen – haben sich die Augen unserer Umwelt mehr als früher auf die Geschehnisse in der deutschen Wirtschaft gerichtet, ich möchte sagen, eigentlich erst wieder so auf diese Wirtschaft gerichtet, wie das mal in den früheren fünfziger Jahren der Fall war. Da sah auch die Welt auf diesen Phönix, der da aus der Asche stieg. Jetzt hatte das einen anderen Anlaß. Dieser Blick der Welt auf die deutsche Wirtschaft hat sich während der Talfahrt der deutschen Wirtschaft seit dem Sommer 1966 deutlich manifestiert, und er wurde noch deutlicher im Jahre 1967, eben während unserer Bemühungen, aus der Talsohle herauszukommen. In Brüssel, in Luxemburg, in den meisten Hauptstädten unserer Nachbarländer, auch und gerade im EFTA-Raum, aber auch drüben jenseits des Atlantiks – ich konnte das immer wieder feststellen – war die nationale Politik – bei den Nachbarn natürlich am stärksten – weitgehend von einer Devise bestimmt, die ich einmal so formuliert habe: Warten auf Deutschland, warten auf die deutsche ökonomische Wiederbelebung. Dieses Warten auf Deutschland war einmal Ausdruck des rein quantitativen Schwergewichts der deutschen Wirtschaft in Europa und im Welthandel, und zum anderen kam dann später ein anderes Element hinzu: Es wurde die Neugier, ja manchmal die Spannung unserer Partner entfacht durch die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die wir hier in Deutschland versucht hatten. Erst dieser Tage fiel mir eine neu in Deutschland herausgekommene Schrift in die Hände. Walter Heller, den viele von Ihnen kennen, der langjährige Chef des Council of Economic Advisers von Präsident John F. Kennedy, hat jetzt – übrigens in der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik – die deutsche Edition seines Buches mit dem provozierenden Titel „Das Zeitalter des Ökonomen“ produziert, und in diesem Buch steht: „Überall in der Welt wird die in der Bundesrepublik eingeleitete neue Wirtschaftspolitik mit großem Interesse verfolgt.“ Soweit also eine Stimme nur, die deutlich macht, wie sehr man – ideell, aber auch materiell – an dem interessiert ist, was man hier versucht hat, wie das also nun gelingen wird.

Wenn ich auf diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ohne jegliche Überheblichkeit von der deutschen Rolle in Europa und in der Welt spreche, dann bin ich mir aber zugleich des politischen Charakters dieser Aussage durchaus bewußt. Ich bin zum Beispiel der Meinung, daß das oft zitierte Wort von der Bundesrepublik als dem wirtschaftlichen Giganten und dem politischen Zwerg letztlich ein Armutszeugnis für unsere eigene politische Haltung ist.

Gewiß, jeder von uns weiß, mit welchen Implikationen, mit welchen Bürden deutsche Initiativen, deutsche Vorstöße im internationalen Bereich belastet sind. Wenn

wir uns auch jetzt in der Welt in einem großen Prozeß der Neupolarisierung der politischen Kräfte befinden, dann wissen wir ganz genau, daß uns, der Bundesrepublik Deutschland, bei diesem Prozeß der Neupolarisierung der politischen Kräfte keineswegs die Rolle einer Führungsmacht zusteht oder gar zufallen kann.

Aber ich möchte doch umgekehrt sagen: Der Welt und Europa ist auf die Dauer mit einem passiven deutschen Statisten, der zwar ganz zahlungskräftig ist, aber sonst nicht viel zu sagen hat, nicht sehr gedient. Außerdem ist doch in der Außenpolitik der ganzen Welt allgemein jener Prozeß zu beobachten, den Carl Friedrich von Weizsäcker beschrieben hat: Immer mehr wachsen Probleme der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, der Sozialpolitik über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus in den klassischen Raum der internationalen Politik hinein. Die Außenpolitik im klassischen Sinne wird mehr und mehr zurückgedrängt und ausgefüllt von früher innenpolitischen Themen. Wie Weizsäcker es gesagt hat: Wir befinden uns in der Drift zur Weltinnenpolitik. Und gerade in diesen Bereichen, die von Haus aus aus innenpolitischer Natur sind, kann die Bundesrepublik Deutschland aus der Sache heraus eine weit größere Rolle spielen als in den klassischen Gefilden der Außenpolitik, weil in den klassischen Gefilden der Außenpolitik wir durch die Spaltung unseres Landes, wie wir alle wissen, sehr verwundbar sind.

Außenpolitischer Einsatz der Mittel der Ökonomie

Hier also in diesen alten und neuen internationalen Gebieten, die immer mehr Gegenstand internationaler Absprache werden, liegen Chancen der Stärkung unserer deutschen Position, wenn wir in größerem Maße als früher die Instrumente des Ökonomischen und des Finanziellen auch für außenpolitische und deutschlandpolitische Ziele einsetzen. Ich möchte diese These hier sehr deutlich ausgesprochen haben. Mit dieser These, daß wir gerade jetzt und in der kommenden Zeit die Aufgabe haben, ein bißchen mehr unsere Mittel der Ökonomie und des Finanziellen außenpolitisch einzusetzen, will ich sicherlich nicht einen neuen deutschen Merkantilismus das Wort reden. Trotzdem gebe ich zu, daß die nun schon anderthalb Jahre währende enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit meinem Freunde und Kollegen Debres mir sehr anschaulich gezeigt hat, wie gut man es in Frankreich versteht, ökonomische Mittel oder ökonomische Zugeständnisse für politische Zwecke des Landes Frankreich einzusetzen, und das in jeder Weise nicht ohne Erfolg. Und davon sollte man ja wohl auch ein wenig lernen. Jeder hat dabei natürlich seine eigenen Ziele.

In diesem Sinne, kann ich sagen, mit vorläufig recht bescheidenem Erfolg war und ist die Bundesrepublik Deutschland Vermittler in der Frage der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Das geht über den früheren Status der Europapolitik der Bundesrepublik hinaus. Mit größerem Erfolg war und ist die Bundesrepublik Vermittler in der Frage der Weiterentwicklung unseres Weltwährungssystems. Und – das klang heute ja schon an – die Bundesrepublik ist Vorreiter, Pionier, in der Frage der einseitigen Beschleunigung des Zollabbaues in der Kennedy-Runde als einem europäischen Beitrag zur Behebung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten.

Aber ich sehe weitere, neue Herausforderungen und auch Möglichkeiten für die Bundesrepublik heraufkommen, zum Beispiel wenn es darum gehen wird, eines Tages eine Welt ökonomisch und entwicklungspolitisch neu zu bauen und neu zu ordnen, die man heute schon, vielleicht ein wenig voreilig als die post-Vietnam-Welt bezeichnet. Sie kann sehr schnell – und wir hoffen das – eintreten. Und ich glaube, gerade in der Freien und Hansestadt Hamburg ist es angebracht, auf diese Perspektiven hinzuweisen, eben auf die notwendigerweise dann steigende Bedeutung unserer Außenwirtschaftlichen Potenzen für außen- und deutschlandpolitische Positionen dieses Landes. Ich möchte sagen, in dieser kommenden Zeit werden neue Formen und neue Gebiete der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik draußen sich eröffnen. Derartige Möglichkeiten können von uns allen um so mehr genutzt werden – das füge ich natürlich hinzu –, je mehr wir in unserer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die eigene Rezession hinter uns lassen und uns der optimalen Kombination von Stabilität und Wachstum nähern.

Konjunktureller Aufwind

Damit bin ich natürlich wieder bei meinem Hausthema: Konjunkturpolitik. Buten und binnen, wagen und winnen, so lautet doch eine hanseatische Devise, wobei ich mir nicht ganz klar bin, ob sie mehr in Bremen oder in Hamburg plakatiert wird. Aber das lasse ich offen. In der Wirtschaftspolitik der letzten 17 Monate haben wir auf jeden Fall gewagt und – ich drücke mich vorsichtig aus – für diese Phase ökonomisch gewonnen.

Jetzt, Anfang Mai 1968, zeigen die konjunkturellen Daten und Informationen, aber auch die Ergebnisse der Hannover-Messe ziemlich eindeutig den konjunkturellen Aufwind der spontanen Kräfte des Marktes. Und es spricht nichts dafür, daß dieser Aufwind etwa nachlassen oder umgekehrt zum Sturm ausarten würde. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind soeben – das war nach Hannover – in ihrer Frühjahrsdiagnose zu dem Ergebnis gekommen, ich zitiere wörtlich: „Die konjunkturelle Therapie der Bundesregierung war erfolgreich. Das von ihr für dieses Jahr gesetzte Wachstumsziel wird nicht unerheblich übertroffen werden. Besonders schwerwiegende Probleme, die die Rezession aufgeworfen hatte, gehen damit der Lösung entgegen.“ Soweit das gemeinsame Testat dieser neutralen und gänzlich unabhängigen Forschungsinstitute.

Wissenschaftlich vorbereitete Wirtschaftspolitik

Aber mit diesem Bezug auf die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Institute habe ich vielleicht hier in der kühlen Atmosphäre – temperamentmäßig kühlen Atmosphäre – der Hamburger Kaufmannschaft, insbesondere der Handelskammer Hamburg, einen heißen Draht, oder vielleicht sogar einen Stolperdraht berührt. Denn der Präses der Handelskammer Hamburg, mein Freund Rolf Stödter, hat hier zum letzten Jahreswechsel eine unüberhörbare Warnung gegen bestimmte Emanationen jener Wissenschaftler ausgesprochen. Er sagte beim *Ehrbaren Kaufmann* wörtlich: „Die zunehmende Verwissenschaftlichung unserer Wirtschaftspolitik bereitet mir seit langem Sorge. Mehr und mehr meint man, nationalökonomische Gutachten zur Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen nehmen zu sollen. Die Wissenschaft von der Nationalökonomie ist keine Alchimistenküche, in der Rezepte zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung erfunden und Mixturen für eine Konjunktursteuerung gebraut werden können.“

Diese Worte stehen seitdem im Hamburger Raume. Es hat zwar einen sehr freundschaftlichen Briefwechsel gegeben; aber der ist ja mehr oder weniger unter uns gewesen. Und da Stödter und Schiller beide der verdächtigen Kategorie der Professoren angehören und damit Männer des Dialogs sind, muß ich wohl heute und hier nachträglich eine kurze Antwort geben auf jene Warnung.

Ich tue das auf dreierlei Weise:

1. Der Trend zur stärkeren wissenschaftlichen Vorbereitung der Politik – und nicht nur der Wirtschaftspolitik – ist unaufhaltsam. Fragen Sie mal meinen Kollegen Strauß, was der von Datenverarbeitung hält und wie progressiv er da denkt. In vielen Industrieunternehmen ist das doch schon sehr lange ganz legitim. Und ich frage nur ganz bescheiden: Will man dem Staat etwa die wissenschaftlichen Mittel der Marktanalyse vorenthalten und ihn in der Postkutsche von Thurn und Taxis weiterfahren lassen? Doch wohl nein.
2. Wissenschaftliche Vorbereitung der Politik heißt doch letztlich nur: Verbesserte Information, besseres Bescheidwissen. Auch Modelle – Gedankenmodelle, Zahlenmodelle – als Entscheidungshilfen sind doch nur eine besondere Form größerer Information. Aber ich füge hinzu – und ich glaube, da sind Herr Stödter und ich uns ganz einig: Die politische Entscheidung selbst kann man allerdings nicht den Informanten oder den Modellen überlassen. Die Entscheidung bleibt dem Politiker, dem Kaufmann, dem Industriellen selbst überantwortet.
3. Wenn das alles hier noch nicht beeindruckt, möchte ich dem Präses der Handelskammer Hamburg einen ganz unverdächtigen Zeugen servieren, nämlich den Deutschen Industrie- und Handelstag mit seinem Jahresbericht vom 29. Februar 1968. Ich weiß natürlich nicht, wie das föderale Verhältnis zwischen Kammer und

Deutschem Industrie- und Handelstag ist. Aber es heißt dort – und das ist ja doch wohl eine Dachorganisation der Kammern – wörtlich: „Mit Recht ist die Frage aufgeworfen worden, ob sich während des letzten Jahres ein Stilwandel, vielleicht sogar ein Strukturwandel der deutschen Wirtschaftspolitik vollzogen habe. Man wird diese Frage bejahen müssen. Es hat sich tatsächlich ein Strukturwandel vollzogen ... Vor allem aber stand die Wirtschaftspolitik des letzten Jahres im Zeichen einer ausgesprochenen Verwissenschaftlichung ... Das Bundeswirtschaftsministerium seinerseits hat mehr übernommen als eine bloße Auswertung der Sachverständigengutachten. Es hat in der Konjunkturpolitik versucht, wissenschaftlich-technologische Modelle fruchtbar zu machen und damit zu einer engeren Beziehung zwischen Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik zu kommen – nicht ohne Erfolg. Die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik – und mit ihr das zuständige Ministerium selbst – gewisse technokratische Züge angenommen hat, braucht an sich kein Gegenstand von Befürchtungen zu sein.“ Und man fährt fort mit dem Schlußsatz: „Die Wirtschaftspolitik hat dabei sowohl an Exaktheit, Nachprüfbarkeit wie an Arbeitsenergie gewonnen.“

So Seite 13/14 des Jahresberichtes. Ich glaube, der Kandidat „neue, wissenschaftlich vorbereitete Wirtschaftspolitik“ hat mit diesem Testat des Deutschen Industrie- und Handelstages sein Examen einigermaßen –ich möchte sagen: rite – bestanden. Dem Kandidaten ist bescheinigt erstens Exaktheit –das heißt ja wohl, er kann einigermaßen rechnen –, zweitens Nachprüfbarkeit – das heißt, er hat seine Klausuren geschrieben, seine Scheine liegen lückenlos vor – und drittens Arbeitsenergie –, das heißt, fleißig ist der Kerl immerhin auch noch.

Die außenwirtschaftliche Situation

Ich wollte dies nur kurz erwähnt haben und sagen: Nach diesem examinerischen Exkurs, der zugleich ein wenig den Rahmen für unsere interne Wirtschaftspolitik beschreiben sollte, darf ich nunmehr wohl auf die außenwirtschaftliche Seite unserer Situation eingehen. Der jetzt in Gang gekommene Aufschwung nach Maß wird uns nicht nur ein höheres Wachstum bei gesicherter Stabilität bringen, er wird uns ein besseres außenwirtschaftliches Gleichgewicht ebenfalls bescheren. Unsere expansive Politik, die wir betreiben, ist zugleich eine Politik des guten Gläubigers. Als großes Welthandelsland mit einer stabilen Währung, mit Währungsreserven von mehr als 30 Milliarden DM und einem Überschuß in der Handels- und Dienstleistungsbilanz von rund 16 Milliarden DM im vorigen Jahr können wir uns eine kräftige interne Expansion erlauben. Die Ergebnisse des ersten Quartals 1968 haben die außenwirtschaftliche Konsequenz unserer expansiven Politik sehr deutlich werden lassen. Wie Sie wissen, sind im ersten Quartal dieses Jahres die deutschen Einfuhren aus dem Ausland um etwa 16 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal angestiegen. Auf der anderen Seite müssen wir allerdings auch feststellen – und in vieler Hinsicht mit Freuden –, daß die Zuwachsrate unserer Exporte im ersten Quartal immerhin noch 12,3 Prozent betrug. Das ist jedoch zweifellos zu einem wesentlichen Teil dem Ankündigungs- oder Bugwelleneffekt der handels- und währungspolitischen Diskussionen in den angelsächsischen Ländern zu verdanken.

Ohne unsere hohen Exportsteigerungen nach den USA und Großbritannien ist die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal dieses Jahres nur um 8,3 Prozent gewachsen. Da sieht man also, wo der Drive, der besondere Drive, hergekommen ist. Darunter – unter diesen speziellen Bewegungen – sind natürlich, das ist uns allen bekannt, Eindeckungskäufe der Wirtschaft, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika, und die haben sehr oft die normale Entwicklung im internationalen Handel beeinflußt. Wir alle wissen, daß Voreindeckungen oft zu Lasten späterer Käufe gehen werden. Die Zuwachsrate für Auslandsaufträge der deutschen Industrie in Höhe von 5,2 Prozent für März gegenüber doppelten und dreifachen Raten in der Auftragseingangstatistik in den drei vorhergehenden Monaten zeigt wohl deutlich, daß nun auch hier eine gewisse Normalisierung einsetzt. Aber die Aussichten für die Weltkonjunktur insgesamt lassen auch weiterhin positive und in beachtlichen Größenordnungen sich entwickelnde Wachstumsraten unserer Ausfuhr erwarten.

Besserer Ausgleich der Zahlungsbilanz

Aber die Chancen für einen besseren Ausgleich unserer Handelsbilanz oder der Zahlungsbilanz insgesamt liegen – und das ist gut so – beim Import. Für die deutschen Importeure ist seit geraumer Zeit eine gesamtwirtschaftlich bedeutsame Stunde gekommen. Preisgünstige Mehrimporte können das inländische Preisniveau weiter stabil halten, und sie können auch und vor allem die Zahlungsbilanzsorgen unserer angelsächsischen Partner mildern helfen. Nicht nur die Politik, auch die Wirtschaft selbst muß die drohende Eskalation in den Protektionismus hinein abwehren.

Die deutsche Volkswirtschaft hat allein ihre Importe aus Großbritannien in den letzten drei Monaten gegenüber dem Vorjahresstand um 26 Prozent gesteigert. Das ist doch schon beachtlich. Das hängt natürlich auch mit der Pfundabwertung zusammen; aber es ist doch eine beachtliche Hilfe dieses Landes und dieser Wirtschaft an die britische Wirtschaft.

Wir wissen, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich können nicht – ebensowenig wie jedes andere Land – das Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen über eine binnenwirtschaftliche Rezession mit großer Arbeitslosigkeit und starken Wachstumsverlusten anstreben. Bei den Empfehlungen der europäischen Länder an die USA wird mit Recht auf die dort seit langem liegenden und anstehenden internen Maßnahmen, insbesondere die Einkommensteuererhöhung, zur Begrenzung der Inlandsnachfrage und damit zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz hingewiesen.

Aber ich sage sehr deutlich: Diese Empfehlungen sind richtig, aber wir dürfen auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Man stelle sich vor, welch eine Deflation die USA durchmachen mußten, um etwa allein durch interne Maßnahmen ihre Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Das wäre eine gewaltige Kürzung des Volkseinkommens in den USA, und ich glaube, das kann niemand befürworten.

Der bewußte Weg in eine Krise darf in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts kein Mittel rationaler Wirtschaftspolitik sein. Eine Rezession in den USA würde die tiefgreifende innenpolitische Erschütterung des Landes in einer unkontrollierbaren Weise steigern. Ein wirtschaftlicher Rückschlag, etwa bewußt herbeigeführt durch zu drastische deflatorische, restriktive Maßnahmen in den USA würde auch für den freien Welthandel und die internationale Konjunktur schwerwiegende Folgen haben.

Verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit

Wenn die Sanierung der Zahlungsbilanzen und die Sanierung von Dollar und Sterling durch Rezession und durch Protektionismus als Mittel der Politik ausscheiden, dann bleibt nur der Weg über die Solidarität der freien Völker. Zu dieser in unserem Sinne gemeinsam zu betreibenden Solidarität – in unserem gemeinsamen Interesse auszuübenden Solidarität – gehört erstens eine wachstumsbetonte und – bewußte Konjunkturpolitik im Innern bei uns, zweitens eine handelspolitische Entlastungsaktion für die in Schwierigkeiten geratenen Länder und drittens eine verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit. Ich darf hinzufügen: In allen drei Bereichen haben wir – in der Bundesrepublik und in der Bundesregierung – gehandelt.

Es ist jetzt in den letzten Tagen mehr darüber gesagt worden. Die Forschungsinstitute haben zum Beispiel darüber hinaus mit ihrer erwähnten Frühjahrsdiagnose mit Nachdruck an die weltwirtschaftliche Verantwortung der westeuropäischen Industrieländer appelliert. Je besser – so heißt es – die westeuropäischen Industrieländer jetzt das Postulat eines angemessenen Wirtschaftswachstums erfüllen, desto leichter wird es den Vereinigten Staaten fallen, ihr Zahlungsbilanzdefizit abzubauen. Und die OECD hat in ihrem Memorandum im April dieses Jahres auf einen weiteren wichtigen Aspekt aufmerksam gemacht. Die in Großbritannien und in USA notwendig gewordenen einschränkenden Maßnahmen, die dann nicht deflatorisch sind, aber doch einschränkend, müssen weltwirtschaftlich kompensiert werden durch eine entsprechende Politik derjenigen Länder, deren Zahlungsbilanzen Spielraum für Expansion geben.

Wir in Deutschland werden dies auch in Zukunft beachten müssen, und wir hoffen, daß auch unsere europäischen Partner in der EWG und in der EFTA das tun werden. Bei unseren handelspolitischen Vorschlägen für die asymmetrische Beschleunigung des Zollabbaues der Kennedy-Runde hat sich die europäische Solidarität allerdings erst nach erheblichen Bemühungen unsererseits und auch nur bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt, bis zu einem Grade, der nicht voll unseren Vorstellungen entspricht.

Das am 9. April in Luxemburg schließlich nach mehrfachem Hin und Her beschlossene Angebot der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist aber immerhin ein Angebot gegen den Protektionismus, gegen die sonst drohende Gefahr einer weltweiten Eskalation von neuen Handelshemmnissen: ein Fünftel auf unserer Seite vorzuziehen im Rahmen der Kennedy-Runde und ein Fünftel in den USA zu verlangsamten. Wir wollten mehr, wie Sie wissen.

Einige Berichte aus den USA haben uns gezeigt, daß diese Offerte die am Freihandel orientierten Kräfte in den USA gestärkt und die Öffentlichkeit nachdenklich gemacht hat. Aber wir wissen, daß umgekehrt die protektionistischen Kräfte in jenem Lande und in diesem Jahr 1968 stark sind und auch stark emporgekommen sind. Wir sind uns einig mit der amerikanischen Regierung. Erst jetzt wieder in diesen Tagen hat die Administration vor der Bedrohung des Welthandels durch protektionistische Maßnahmen in den USA gewarnt. Der amtliche Wortlaut einer mir übermittelten Äußerung von maßgeblicher Seite in Washington, von der Administration her besagt: Einige im Kongreß liegende Gesetzentwürfe könnten, wörtlich: „die Uhr auf das Jahr 1930 zurückstellen.“ So spricht die Administration zur Zeit zum Kongreß. Wir können nur hoffen, daß die Administration sich durchsetzt.

Wir können noch einmal darauf hinweisen, daß wir versucht haben und auch einiges erreicht haben, auf daß Europa Amerika handelspolitisch eine Hand gebe und helfe. Und wir wissen auch, daß die Hoffnungen vieler am Freihandel interessierter Länder in dieser Frage besonders auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Und ich sage noch einmal: Wie auch immer die Dinge in Amerika gehen mögen, wir werden nicht zögern, eine neue Initiative innerhalb der EWG zu ergreifen, falls das notwendig werden sollte.

Abbau des Protektionismus

Im übrigen freue ich mich, in diesem Punkte, in diesem elementaren Punkte und mir wirklich existenziell wichtigen Punkte ganz und gar mit der Handelskammer Hamburg einig zu sein. In der Praxis sind wir ja allenthalben viel einiger als in manchen Theorien. Die Kammer hat in ihrem Schreiben vom 1. März 1968 alle unsere Bemühungen an den verschiedensten Fronten gegen den Protektionismus gewürdigt und unterstützt. Ich will nur ein paar Beispiele geben, die alle in dem Kammer-schreiben erwähnt sind: Da geht es um die Lizenzierung für die Einfuhren aus bestimmten Drittländern nach Deutschland. Ich kann nur sagen: ein unschöner Entwurf der Brüsseler Kommission. Und ich kann nur wiederholen: Da ist für uns nur ein Nein. Oder da geht es – positiv – um die schon erwähnte asymmetrische Beschleunigung der Kennedy-Runde. Und es geht auch um protektionistische Strömungen, hier im eigenen deutschen Hause, auf die die Kammer mit Recht hinweist, um protektionistische Strömungen, die sich gegen bestimmte Fertigwareneinfuhren und auch gegen bestimmte Importe aus Osthandelsländern richten.

Seien Sie versichert, wir werden weiterhin standhaft bleiben. Ja, ich möchte sogar noch einen Schritt nach vorne andeuten: Wenn unsere Konjunktur sich allgemein und nachhaltig in voller Breite entfaltet, gebessert, stabilisiert hat, werden wir bei uns im Bundeswirtschaftsministerium auch daran gehen müssen, hier in Deutschland gewisse Reste oder Ansätze eines Krisenprotektionismus, den wir hatten, wieder abzubauen. Das kommt dann.

Währungspolitische Probleme

Lassen wir also das Gebiet der Handelspolitik, auf dem Deutschland ja ohnehin in der ganzen Zeit seit der Neuentwicklung des Welthandels nach 1949 Vorreiter war, und wenden wir uns den währungspolitischen Problemen zu, die in den letzten Monaten von besonderer Bedeutung waren. Die Ereignisse der beiden letzten Monate haben deutlich gezeigt: Die Krise des Dollar bedeutet zugleich auch eine Schwächeperiode unseres internationalen Währungssystems. Es offenbarte sich für jeden, daß das System von Bretton Woods in der Tat reform-, entwicklungsbedürftig ist, daß es weiterentwickelt werden muß und daß die Entscheidungen von Rio im vorigen Jahr notwendig waren. Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem Geschäftsbericht für 1967 jetzt darauf hingewiesen, daß mit der Anpassung der Pfundparität und der Einstellung der Notenbankinterventionen am privaten Goldmarkt, also mit der Einführung des gespaltenen Goldmarktes „unhaltbare Positionen geräumt worden“ seien. So ist das Urteil der Deutschen Bundesbank. Dem stimme ich zu. Ich weise aber darauf hin: Mit den währungspolitischen Beschlüssen von Stockholm sind wir tatsächlich über diese Räumung unhaltbarer Positionen hinausgegangen. Dort ist der erste Schritt zu einem neuen, rational gesteuerten Weltwährungssystem getan worden. Denn praktisch sind durch die Beschlüsse von Washington am 17. und 18. März und von Stockholm von Ende März Gold und Dollar als Reservemedien unserer Währungen plafondiert.

Wir bewegen uns also fort von einem alten System, das seine riesigen Verdienste gehabt hat. Schließlich haben wir unter dem System von Bretton Woods eine Expansion des Welthandels durchgemacht, wie sie eigentlich nie in der Wirtschaftsgeschichte gewesen ist. Aber wir bewegen uns fort von einem System, das Elemente des Zufalls in der Liquiditätsversorgung des Welthandels enthielt. Denn es hing ab von dem Zufall in Gestalt von Zahlungsbilanzdefiziten der Leitwährungsländer, die ja die Liquidität für die übrigen auf diese Art und Weise zur Verfügung gestellt haben, von dem Zufall der Goldfunde oder der Goldangebote und von den Zufällen auch der sowjetischen Goldpolitik. Und wir bewegen uns jetzt hin zu einem neuen System, in dem Sonderziehungsrechte – etwa im nächsten Jahr – rational aktiviert werden können und dann die bisherigen, konventionellen Reservemedien ergänzen können.

Wir befinden uns also währungspolitisch im Übergang. Es ist gut – und daran liegt mir, es zu betonen –, daß wir diesen Übergang vollständig unter Kontrolle halten, und zwar durch die enge Zusammenarbeit der Gruppe der Zehn. Ich darf darauf hinweisen, daß in Stockholm auf deutschen Antrag hin diese enge Kooperation gerade für diese Zeit des Übergangs innerhalb der Gruppe der Zehn bestätigt wurde und das Frankreich dieser Kooperation ausdrücklich seine Unterstützung zugesichert hat. Frankreich ist bei diesem Punkte nicht beiseite getreten, sondern ist weiterhin Mitglied der Gruppe der Zehn. Wenn die Sonderziehungsrechte eines Tages ihren festen Platz in unserem Weltwährungssystem gefunden haben, dann können Dollar- oder Pfundkrisen, wenn es sie dann noch geben sollte, im wesentlichen nur nationale Währungskrisen sein und nicht mehr internationale Währungskrisen. Das wäre der Vorteil. Insofern wurde die neue Ordnung auch einen wesentlichen Schutz gegen importierte Instabilität darstellen.

Die Vorgänge um den Dollar und das Gold haben in den letzten Monaten die zahlungsbilanzpolitischen Bemühungen Großbritanniens, wie mir scheint, zu Unrecht ein wenig in den Hintergrund treten lassen. Aber ich möchte sagen: Die britischen Maßnahmen, gerade nach dem Budget, das die britische Regierung im Parlament vorgelegt hat, verdienen unseren vollen Respekt. Wenn auch der erhoffte Exportaufschwung in dem gewünschten Umfange bisher noch nicht erreicht wurde, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß die englischen Sanierungsmaßnahmen vor allem ein wichtiger Schritt Englands auf Kontinentaleuropa zu sind. Und man sollte sich überlegen, ob man diese mutigen englischen Maßnahmen nicht auf anderen Gebieten honorieren könnte. Zum Beispiel könnte doch wohl eines Tages – und hoffentlich bald – der europäische Kapitalmarkt zur Konsolidierung der britischen Währungsschulden beitragen. Bei einer solchen Konsolidierungsanleihe für Großbritannien, die ja nicht gleich den vollen Umfang der Währungsschulden abzudecken hätte, wurden doch sicherlich auch deutsche Kapitalgeber, so hoffe ich, ihre Pflicht tun.

Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften

Im übrigen wissen Sie, wie wir alle: Es liegt nicht an uns, daß Großbritannien und mit ihm die skandinavischen Staaten und Irland immer noch vor der Tür des Gemeinsamen Marktes stehen. Da wir den britischen Eintritt nicht erzwingen können, da Einstimmigkeit erforderlich ist, hat die Bundesregierung bekanntlich konstruktive Übergangsvorschläge für ein handelspolitisches Arrangement gemacht. Die Stellungnahme der Kommission läuft mit den deutschen Vorstellungen in diesem Fall weitgehend parallel. Bei den letzten Diskussionen im Ministerrat am 5. April konnte über den Kommissionsvorschlag noch keine volle Einigung erzielt werden. Wir werden da aber nicht lockerlassen. Nach meiner Meinung und nach Meinung des Außenministers muß Brüssel bald ein Gesprächsangebot an Großbritannien und die anderen beitrtrittswilligen Länder in bezug auf dieses Arrangement machen. Inzwischen sind zwar gewisse Zweifel laut geworden, ob die Briten an einem solchen Angebot überhaupt noch interessiert seien. Ich bin ziemlich fest davon überzeugt, die Zweifler haben unrecht; denn der deutsche Vermittlungsvorschlag ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu einem erweiterten Europa.

Wir müssen uns unter den heute noch gegebenen Umständen – so ist die Welt nun einmal – mit einer Lösung, was die Erweiterung der Gemeinschaft betrifft, des Zweitbesten begnügen. Und diese second best wird um so dringlicher und wichtiger, als am 1. Juli dieses Jahres die Zollunion im Rahmen der Sechs in Kraft tritt. Wenn aber der Zollgraben in Europa zwischen der EWG und der EFTA dann bleiben würde, ohne Arrangement, ohne Abbau, so könnte das nur eine dritt- oder viertbeste Lösung sein, und das müssen wir sehen. Auf jeden Fall wird die Bundesregierung – das ist wohl klar – sich weiter und überall darum bemühen, Handelsschranken niederzulegen, um auf diese offensive Weise der Hydra eines plötzlich neuerwachenden Protektionismus die Köpfe abzuschlagen, wo immer sie sich erheben mögen. In diesem Kampf können wir uns auf die deutschen Küstenländer und speziell auf Hamburg verlassen. Und ich bin sicher, auch und gerade nach der Vollendung der Zollunion wird Hamburg seinen Platz als einer der führenden Nordseehafen behaupten, wenn es Hamburg gelingt, die Qualität und die Schnelligkeit seiner eigenen Leistungen weiter zu steigern. Herr Bürgermeister Weichmann hat uns heute ja eindrucksvolle Daten von der Eigenleistung dieses Hafens und dieser Hafenstadt gegeben.

Probleme des Hamburger Freihafens

Und nun kommt noch die eine neue Sorge: der Hamburger Freihafen. Die Bundesregierung wird die Bemühungen Hamburgs im Rahmen aller ihrer Möglichkeiten unterstützen, auch zum Beispiel, wenn es eben um den Hamburger Freihafen geht. Ich sage sehr deutlich: Man kann nicht einer Freihafenindustrie, deren Konkurrenzposition auf dem seit 1881 gültigen Be- und Verarbeitungsprivileg im alten Freihafen basiert, die Grundlage entziehen. Ich weiß, was der Wegfall dieses Privilegs für die Existenz des alten Freihafens bedeuten und welche Schwierigkeiten sich daraus für diese gesamte Wirtschaftsregion Hamburgs ergeben würden. Wir haben in Brüssel eine in jeder Hinsicht vertretbare Lösung auf den Tisch gelegt. Der von der Kommission daraufhin abgeschwächte Vorschlag kann uns auch nicht voll befriedigen. Wir sind da derselben Meinung, wie ich feststellen konnte, des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Man darf den Status quo nicht so eng und nach unten hin fixieren, wie das in dem Kommissionsvorschlag versucht wird.

Im übrigen sehe ich das also in einem etwas breiteren Zusammenhang. Leider registrieren wir in letzter Zeit öfters, daß man in Brüssel, da man in den großen Dingen – den ganz großen Dingen – nicht so zügig vorankommt, sich dann um so mehr einem Perfektionismus in punktuellen Fragen hingibt. Das ist so eine Tendenz, die sich dort deutlich zeigt. Deswegen stürzt man sich auf solche Themata wie Freihafen in Hamburg. Wir möchten eine einwandfreie und dauerhafte Rechtsgrundlage für den Freihafen Hamburg im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften erreichen. Wir werden in Brüssel den Kommissionsvorschlag und unsere eigenen Vorschläge eingehend beraten. Seien Sie sicher, Herr Bürgermeister: Der Bundeswirtschaftsminister wird den Hamburger Freihafen in Brüssel mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Mit den vielleicht sehr punktuell nur wiedergegebenen Problemen der Außenwirtschaft und zum Schluß nun mit der Einkehr in Hamburg bin ich also wieder auf dem Wege zu unseren innergesellschaftlichen und inländischen Problemen und komme damit zu dem, was auch die Vorredner angesprochen haben.

Die Unruhe in der jungen Generation

Ich darf Herrn Münchmeyer in bezug auf seine Äußerungen zu der Unruhe und dem Unbehagen in dieser Gesellschaft gratulieren, wenn er sagte¹: Wir wollen auch keine Saturiertheit. Das finde ich richtig. Wir müssen uns ja auch erneuern. Er hat Bert Brecht zitiert. Das hat mich natürlich gereizt, ein anderes Bert-Brecht-Zitat zu bringen. Ich glaube, wir dürfen uns allesamt nun auch nicht in die Lage bringen, daß es dann eines Tages heißt: Und die Regierung hat darauf beschlossen, sich ein anderes Volk zu wählen. Das ist Bert Brecht. Auch von der Ecke her mußte man einmal kommen. Wir stehen vor dem erstaunlichen Vorgang, daß die Jugend, die junge Generation, in einer ganz anderen Weise auf uns zukommt als etwa die junge Generation von vor zehn Jahren. Vor zehn Jahren hatten wir die skeptische Generation – in Hamburg so getauft –, die an der Politik desinteressiert war, die ihr Studium begann – wie wir damals sagten – mit dem Testatbuch in der rechten Hand und mit der Besoldungsordnung in der linken Hand. Diese sehr nüchterne und skeptische und auf das ökonomische Wohlbefinden eingestellte Jugend ist jetzt abgelöst durch eine Jugend, die anfällig ist für aggressive Haltung.

Wir wissen ganz genau – und da stimme ich Herrn Bürgermeister Weichmann völlig zu –, daß es selbsternannte Anführer und Minderheiten gibt, die das Unbehagen in der Jugend mißbrauchen gegen Demokratie, gegen Liberalität, gegen Toleranz. Aber wir müssen doch auch sehen, daß in dieser jungen Generation das Unbehagen tiefer geht, und ich habe den Eindruck, wir müssen auch diese Gründe zu erkennen versuchen. Ein Grund ist der – und er klang an bei Herrn Bürgermeister Weichmann –: Wir alle in diesem Saal mehr oder weniger, vor allen Dingen die älteren, haben unsere politische und ökonomische Arbeit besonders in den Jahren des Wiederaufbaues aus den Trümmern geleistet. Wir haben in den anderthalb Jahrzehnten Werte geschaffen, und diese Werte bestimmen auch unsere politischen Haltungen. Und nun kommt eine Jugend auf uns zu, aggressiv, die nimmt die von uns geschaffenen Werte nicht so einfach als Werte, hin. Vor dieser Lage stehen wir.

Diese Jugend billigt diesen von uns geschaffenen Werten noch nicht ohne weiteres a priori einen besonders hohen politischen Wert zu. Und ein zweites: Sie wirft uns vor, wir hätten also materiell einiges geleistet, natürlich, aber wir hätten viele wichtige Probleme der geistigen und gesellschaftlichen Reform unseres Gemeinwesens ausgeklammert in jenen anderthalb Jahrzehnten, allesamt, woher wir auch kommen; wir hatten sie vor uns hergeschoben. Und ein bißchen ist doch dran an dieser These: in der Deutschlandpolitik, in der Frage des Einbaues der Bundesrepublik Deutschland in eine Ost-West-Entspannung, in Fragen der Gesellschaftsreform.

Sicherlich war es auch in den fünfziger Jahren ganz richtig, nach der Devise zu leben: erst einmal materielle Fundamente, damit das Haus steht, im übrigen keine Experimente. Gar keine Anklage; es war vielleicht richtig. Aber diese Jugend, die jetzt kommt, vermißt das, was wir nach ihrer Meinung damals versäumt haben. Und ich darf, um nachdenklicher zu stimmen, daran erinnern, daß vor ein paar Jahren, als noch gar keine Unruhe auf den Straßen war, von einem klugen Mann von dieser Bundesrepublik gesagt wurde: eine Gesellschaft sucht sich ihren Staat. Und wenn heute – und da stimme ich mit Herrn Weichmann überein – die staatliche Autorität beschworen wird, dann müssen wir doch wohl auch bedenken, uns daran erinnern, daß wir lange Jahre gehabt haben, die Jahre des materiellen Wiederaufbaues, in denen der Staat keine große Rolle spielte als Repräsentanz des gemeinsamen Wollens unseres Volkes und unseres geteilten Volkes, in denen sich der Staat in der Gefahr befand, sich aufzulösen.

¹ Präsident Dr. Alwin Münchmeyer hatte zuvor ausgeführt: „Wenn Saturiertheit dazu führt, statisch zu denken und zu handeln oder vielleicht, richtiger gesagt, nicht zu handeln, dann ist ein gewisser Unruhebazillus nicht schlecht, ein Pochen an unsere Geruhsamkeit, damit das Wort von Herrn Brecht nicht stimmt, daß das Geld den Saft aus den Knochen zieht.“

Wir haben doch alle oft, unabhängig von unserem parteilichen Standort, darüber geklagt, daß Staatlichkeit in Gefahr geraten war, dahinzugehen. Deswegen aber fällt es nun natürlich sehr schwer, sich ganz plötzlich, wo diese Aggressivitäten auftreten, auf diese Staatsautorität zu beziehen, die in den fünfziger Jahren – durch wen auch immer – nicht allzusehr gefragt war. Nun müssen wir uns dieser kritischen Situation stellen. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß wir von der Politik in dieser Situation glaubwürdig sein müssen.

Vor allen Dingen müssen wir praktisch – und viel mehr als in der Vergangenheit – Zivilcourage zeigen. Man muß auch aus der Minderheit heraus Widerstände aushalten können, Widerstände überwinden. Es gibt ja Beispiele dafür, daß man aus der Minderheit heraus – wenn ich an das Jahr 1967 denke – eine bestimmte politische Linie durchsetzt gegen ein gesellschaftliches Bewußtsein. Zum Beispiel war das gesellschaftliche Bewußtsein noch in der ersten Hälfte des Jahres 1967 gegen die expansive Wirtschaftspolitik gerichtet; es war noch auf eine andere Phase eingestellt, auf die Phase der Überhitzung. Da ist also einiges gelungen. Und wir müssen natürlich vom Staat, von der Bundesrepublik und von den Bundesländern mehr dokumentieren, daß wir ganz persönlich dafür einstehen, standfest bleiben und auch mal gegen eine große Majorität stimmen und uns hinstellen und sagen: Nein, das geht nicht! Ich glaube, dieses verlangt die Jugend von uns.

Politik des wirtschaftlichen Wachstums

Wenn ich hier von der expansiven Wirtschaftspolitik als einem Beispiel gesprochen habe, so möchte ich an diesem Beispiel auch noch erklären, worum es in dieser Gesellschaft geht. Die Devise „wirtschaftliches Wachstum“ ist ja am Anfang der Regierung Kiesinger-Brandt von vielen in der Öffentlichkeit kritisiert worden als Marsch in die Inflation, oder es ist von einem sehr konservativen Standpunkt aus das ganze Konzept eben stark mißtrauisch betrachtet und beurteilt worden. Ich darf darauf hinweisen, daß kürzlich auf dem Deutschen Soziologentag über dieses Konzept nun von meinen ungebärdigen ultralinken Kollegen wirtschaftliches Wachstum diskutiert wurde, und da kam man zu ganz anderen Ergebnissen.

Ich trage das vor, damit diejenigen, die hier vielleicht immer noch skeptisch und kritisch sind, auf die andere Seite der Medaille sehen. Dort haben also Kollegen der Soziologie, jung und ultralinks, gesagt, die Funktionen des Staates heute und hier seien also im wesentlichen zugeschnitten auf Sicherung gegen Krisenrisiko, auf die Manipulation von Stabilität und orientiert auf den – und nun kommt das Wort – Zentralwert Wachstum, weil Wachstum – so sagten die Herren Kollegen – die höchsten sozialen Befriedigungsergebnisse erbringe. Das heißt, die Kritik von der Seite lautet: Wirtschaftliches Wachstum bedeutet friedliche Gesellschaften. Deswegen sind jene Herren dagegen. Die Soziologen haben übrigens mit ihrer These recht. Wirtschaftliches Wachstum bedeutet in der Tat die Chance, daß die Gesellschaft friedlicher ist. Bei einem Wachstum von 0 oder minus 1,5 Prozent gibt es mehr soziale Konflikte als bei einem Wachstum von 4 oder 5 Prozent. Diese Herren haben recht in der Analyse. Sie haben nur nach meiner Ansicht unrecht, weil sie es anprangern, daß eine Gesellschaft friedlich sei und friedlich würde durch diesen „Kerl“, der da Wachstumspolitik macht. Sie haben nach meiner Ansicht ein falsches Leitbild. Aber das ist eine subjektive Entscheidung, weil sie nämlich anscheinend eine friedliche Gesellschaft als eine langweilige Gesellschaft ansehen, in der Muff und Mief herrschten, in der die Konflikte überdeckt, versüßt wurden, kurz und gut, als eine Gesellschaft des Establishments. Da trennen sich die Geister.

Aber ich glaube, die Kritiker des Wachstums als Teil unseres Konzepts sollten umgekehrt aus der Kritik der ultralinken Soziologen erkennen, daß in der Tat eine Gesellschaft mit wirtschaftlichem Wachstum uns die große Chance bietet, daß soziale Konflikte, die immer sein werden, eingegrenzt und sachlich gelöst werden, gelöst werden können, immer wieder neu gelöst werden können. Und die konservativen Kritiker einer solchen Politik und eines solchen Konzepts sollten auch erkennen, daß wirtschaftliches Wachstum heute und morgen für diese Gesellschaft die Funktion hat, Fortschritt zu ermöglichen, ohne dabei die Stabilität im weitesten Sinne, die gesellschaftliche Stabilität, zu gefährden. Oder ich kann auch umgekehrt

sagen: Die gesellschaftliche Stabilität in Zukunft ist nur möglich nicht allein durch wirtschaftliches Wachstum, sondern durch Wandel, durch Wandel in gesellschaftlichen Formen. Und Wandel, so hätte ich beinahe gesagt, auch in gesellschaftlicher Hinsicht ist nur möglich – in diesem Fall ganz bestimmt nur möglich, durch Annäherung. Dazu kommt nun das Konzept der Konzertierte Aktion; aber darüber will ich nun nicht mehr sprechen.

Wettbewerb zur Sicherung von Freiheit und Wohlstand

Aus dieser Analyse der Unruhe sollten wir nicht nur die Aufgabe bei uns erkennen, auf jene aggressiven Attitüden zu antworten. Wir sollten uns auch überlegen: Was haben wir versäumt? Wir haben ja einiges versäumt. Das bedeutet nicht – und da stimme ich völlig mit Herrn Münchmeyer überein –, daß wir in jene so eigenartige Haltung verfallen, es sei alles verkehrt und alles falsch. Aber wir sollten auch die Versäumnisse in unser Nachdenken einbeziehen. Und wir sollten feststellen, daß diese Gesellschaft in Zukunft nur stabil sein kann in der Wandlung, im Wechsel, im gesellschaftspolitischen und auch im wirtschaftlichen Wechsel. Und der wirtschaftliche Wechsel besteht darin, daß neue Einheiten, neue Unternehmungen, neue Expansionen auftreten und auch der technologische Fortschritt seinen Platz findet. Ich glaube, so etwa sollte man heute an diese Probleme der Nahtstelle zwischen Gesellschaft und Wirtschaft herangehen. So sollten wir auch unsere Position in der Welt sehen. Wir kämpfen, jetzt ganz besonders, in der Welt für Freiheit und damit natürlich auch für Wandel, für Konkurrenz, für Arbeitsteilung und für neue Länder und neue Produkte und neue Unternehmungen. Und wir sind uns doch alle einig: Die drohenden Gefahren für den freien Welthandel dürfen nicht Wirklichkeit werden.

Ich stimme auch überein, wenn hier gesagt wurde: Wir lassen uns allesamt nicht blenden von kurzfristigen Vorteilen national-egoistischer – sprich: protektionistischer – Lösungen. Ich habe es in den letzten Monaten mehrfach meinen ausländischen Kollegen hier auf dem Kontinent und jenseits des Atlantik gesagt: Gewiß, Herr Kollege, Sie können mit einer bestimmten national-egoistischen Losung handelspolitischer, währungspolitischer Art heute oder morgen als Held in Ihre Hauptstadt zurückkehren; aber das Katerfrühstück am nächsten Morgen kommt bestimmt, zum Beispiel in bezug auf Ihren eigenen Export.

Ich glaube, wir sind uns hier einig:

Freiheit und Wohlstand draußen und drinnen können nicht durch Konservierung des Gestrigen gesichert werden, sondern nur durch Mut zum wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb um das Morgen. Und dieser Mut zum wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb um das Morgen, der sollte nun – und damit fasse ich beides zusammen – buten und binnen gelten.

